

RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



LUTZ SEILER

Der ostdeutsche Schriftsteller wird mit dem wichtigsten deutschen Literaturpreis geehrt. Kultur

SCHUFA

Zukünftig soll die eigene Bonität per App abfragbar sein. Wirtschaft

LENA LATTWEIN

Wie die Fußball-Nationalspielerin WM-Teilnahme, perfektes Abi und Studienabschluss erreicht hat. Sport



DÜSSELDORF

LOKALES

Mehr Cyber-Angriffe auf Firmen



Die Folgen der Attacken sind mitunter massiv. Eine Patientin der Uniklinik starb, nachdem ihr Rettungswagen umgeleitet werden musste.

SEITE C1

WIRTSCHAFT

Mutter und Tochter steuern Modefirma

Mit einem Pullover fing alles an – heute gilt das Familienunternehmen „Sem Per Lei“ als eine der erfolgreichsten deutschen Modemarken.

SEITE C4

DÜSSELDORFER SÜDEN

Lichterfest wieder ohne Feuerwerk

Der Vorverkauf für das Musikspektakel am 12. August im Schlosspark läuft gut an. Schon 2022 wurde das Feuerwerk gestrichen.

SEITE D4

ZITAT

„Wenn man etwas Neues macht, muss man die Nerven bewahren.“

Jay Scheib (53), „Parsifal“-Regisseur in Bayreuth, über neuartige Inszenierungen in der Oper

WETTER

Wechselnd bewölkt und örtlich Schauer



RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.anzeigen.rp-online.de

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

In Sachsen haben Diebe aus einem Gartengeschäft fünf Eis am Stiel gestohlen. Schaden: 10.000 Euro. Wir können nur vermuten, warum der Wert so hoch war – vielleicht handelte es sich bei der Beute ja um fünf kostbare Exemplare von Ihrer Durchlaucht Pfalzgraf Eduard von und zu Schleck? Oder um Flutschgoldfinger? Waren es fünf Dollarmiti? Oder extra aufwendig geschürfte Noggets? Vielleicht war das Eis auch extra von Capri oder aus Split importiert worden und deshalb so teuer. Zumindest wurde offenbar niemand mit einer Magnum bedroht, und Bum Bum hat es zum Glück auch nicht gemacht. Wir hoffen nur, dass die Übeltäter schnell hinter Schloss und Schokoriegel kommen. fvo



4 190586 802603 3 0 0 2 9



HITZE

Mehr Siesta wagen!

Um das Arbeiten an heißen Tagen zu erleichtern, fordern Mediziner Mittagsruhe im Sommer. Was nach Pause klingt, bedeutet in Wahrheit nur die Verlagerung von Arbeitszeiten – und damit die weitere Ausdehnung über den Tag. Warum sich Deutschland trotzdem damit beschäftigen sollte.

Stimme des Westens

Langes Warten auf Integrationskurse

Zwar hat NRW das Angebot bereits mehr als verdreifacht, die Nachfrage wächst allerdings noch viel stärker. Oft müssen Berechtigte bis zu fünf Monate auf einen Platz warten. Das Land sieht den Bund in der Pflicht.

VON SINA ZEHRFELD
UND MARTIN KESSLER

DÜSSELDORF Das Angebot an Integrationskursen für Zugewanderte hat sich in NRW und bundesweit über das Jahr 2022 mehr als verdreifacht. Die Nachfrage allerdings wächst noch viel stärker. Nach Zahlen des Bundesamtes für Migration haben in diesem Jahr rund 190.000 Menschen in Deutschland einen Integrationskurs begonnen. In NRW waren es bis Mai gut 31.000 Teilnehmer. Zugleich wurden aber im ersten Halbjahr 2023 bundesweit rund 260.000 und in NRW rund 50.000 Zulassungsberechtigungen für einen Kurs ausgestellt, führt der Flüchtlingsrat NRW vor Augen. Mit diesen Bescheinigungen können Personen sich um einen Platz in einem Kurs bewerben. Bis sie dann einen haben, vergehen im Schnitt knapp unter fünf Monate.

„Es gab noch nie genügend Integrationskurse, aber jetzt seit letztem Jahr erst recht nicht mehr“, sagte Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat. „Es kommen jetzt so viel mehr Men-

schen – die Kapazitäten werden nicht entsprechend ausgebaut.“ Zumal die Kurse Anfang 2023 für einen neuen, viel größeren Teilnehmerkreis geöffnet wurden. Bis Ende 2022 waren sie im Wesentlichen für anerkannte Asylsuchende oder Geflohene mit einer guten Bleibeperspektive zugänglich. Seit Anfang des Jahres können praktisch alle Asylsuchenden die Teilnahme beantragen. „Und seit letztem Jahr haben wir eine neue Gruppe von Menschen, die dazugekommen ist: die ukrainischen Geflüchteten“, erläuterte Naujoks weiter. In NRW wurden laut dem Flüchtlingsrat im ersten Halbjahr 2023 allein rund 18.600 Teilnahmeberechtigungen für Ukrainer erteilt.

„Die Situation hat Auswirkungen auf die Wirtschaft, die dringend Fachkräfte braucht“, führte Ksenija Sakelšek vom Landesintegrationsrat NRW an. „Die Menschen haben keine Möglichkeiten, auf den Arbeitsmarkt zu kommen. Sie könnten keine Weiterbildungen machen, für die bestimmte Sprachkenntnisse die Voraussetzung sind. Und das führt

leider dazu, dass die Leute als unqualifizierte Kräfte im Niedriglohnsektor landen.“ Arbeitsforscher Holger Boin, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien in Wien, sieht weitere Schwierigkeiten. „In der Praxis gibt es momentan große Probleme: Vielerorts ist das vorhandene Angebot nicht ausreichend und bei Frauen scheitert die Teilnahme an den Kursen oft daran, dass die

INFO

Bisherige Höchstwerte im Jahr 2022

Trend Bundesweit haben 2022 in ganz Deutschland insgesamt 340.436 Menschen einen Integrationskurs begonnen. Das sei der höchste Wert seit Einführung der Integrationskurse im Jahr 2005, hieß es vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

NRW 2022 starteten in NRW fast 75.761 Personen in einen Kurs.

Kinderbetreuung nicht verlässlich gewährleistet ist“, sagte er.

Auf eine grundlegende Schwäche der Integrationskurse weist der Migrationsökonom Klaus Zimmermann hin. „Die stark angestiegenen Zuwandererzahlen führen zu hohen Bedarfen und sehr unterschiedlichen Anforderungen. Die Lehrkräfte klagen über sehr heterogene Teilnehmergruppen, die durch große Unterschiede beim Alter, bei den Kulturen, Sprachen, Bildungsvoraussetzungen und Motivationen gekennzeichnet sein können. Mehr zielgruppenspezifische Angebote würden da weiterhelfen.“

Das NRW-Flüchtlingsministerium sieht die größten Probleme mit mangelnden Kapazitäten und langen Wartezeiten auf dem Land. Gegenüber dem Bund habe man verschiedene Schwierigkeiten mehrfach thematisiert – wie den Lehrkräftemangel oder die Knappheit an Kursräumen. Denn grundsätzlich ist das Bundesamt für Migration für Integrationskurse zuständig. Zusammen mit anderen Bundesländern fordere man

einen höheren Etat für diese Kurse, bessere Beschäftigungsverhältnisse und flexiblere Mindestzulassungskriterien für Lehrkräfte sowie eine kostendeckende Finanzierung. NRW selbst wolle mit „Basissprachkursen zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“ speziell für ukrainische Geflüchtete die Lücke in den Sprachförderangeboten des Bundes schließen. Eine Reihe von Änderungen hat der Bund bereits umgesetzt. So gibt es zum Beispiel – wenn auch zunächst zeitlich befristet – Erleichterungen bei den Einstellungs-voraussetzungen für Lehrer.

Die Opposition im Landtag sieht allerdings mehr Handlungsspielräume, bei denen die Landesregierung etwas tun könnte. Sie müsse beispielsweise helfen, passende Räume zu finden. „Ohnehin ist die ständige Kritik aus dem Land an der Bundesregierung wohlfeil. Es ist die Landesregierung, die zu wenig Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen schafft“, kritisierte die Vize-Fraktionschefin der SPD, Lisa-Kristin Kapteinat.

Moskau greift Hafenstadt Odessa an

Der Kreml spricht von „Vergeltungsschlägen“ nach der Attacke auf die Krim-Brücke.

KIEW/MOSKAU (dpa/rtr) Russland hat einen Tag nach der Aussetzung des Getreideabkommens und des mutmaßlichen Angriffs auf die Krim-Brücke ukrainische Hafenstädte attackiert. Die Regierung in Moskau begründete am Dienstag eine Welle von Raketen- und Drohnenangriffen als „massive Vergeltungsschläge“ für die Zerstörungen an der strategisch wichtigen Brücke, die das russische Festland mit der annektierten ukrainischen Halbinsel Krim verbindet.

Im Schwarzmeerhafen Odessa beschädigten Trümmer und Druckwellen mehrere Häuser und Teile der Hafeninfrastruktur, berichtete der ukrainische Militärstab für die Südfreit. Die Behörden in der Hafenstadt Mykolajiw meldeten einen schweren Brand. Nach Angaben

der ukrainischen Luftwaffe wurden sechs Kalibr-Raketen und 31 von 36 Drohnen abgeschossen. Moskau erklärte seinerseits, es habe einen ukrainischen Drohnenangriff auf der Krim ohne größere Schäden am Boden vereitelt. Zudem sei der Straßenverkehr auf der Krim-Brücke einspurig wieder freigegeben worden. Am Montag hatten Explosionen die Brücke stark beschädigt. Russland beschuldigte die Ukraine, dafür verantwortlich zu sein.

Nach der Aufkündigung des Getreideabkommens hat Russland außerdem andere Staaten davor gewarnt, das Abkommen allein wieder aufzunehmen. Eine Fortsetzung ohne russische Beteiligung wäre riskant, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag der Agentur

Interfax zufolge. „Es handelt sich um eine Zone, die unmittelbar an das Kampfgebiet grenzt und in der ohne entsprechende Sicherheitsgarantien gewisse Risiken entstehen.“

Der Präsident der von Russland angegriffenen Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, hatte zuvor gefordert, die Exporte übers Schwarze Meer auch ohne russische Zustimmung fortzusetzen. Das solle in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der Türkei erfolgen, unter deren Vermittlung das Abkommen im Juli 2022 geschlossen wurde. Dass Russland dieses nun aufkündigte, löste international viel Kritik aus – auch, weil das ukrainische Getreide wichtig für die Versorgung anderer Länder mit Nahrungsmitteln ist. **Politik**

Pauschalreisen und Flugtickets deutlich teurer

WIESBADEN (dpa) Pauschalreisen und Flugtickets sind im ersten Halbjahr 2023 teurer geworden. Das Statistische Bundesamt registrierte bei internationalen Flügen einen Preisaufschlag von 24,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der teils noch von Corona-Beschränkungen geprägt war. Pauschalreisen wurden demnach im Schnitt 10,2 Prozent teurer und lagen ebenfalls deutlich über der allgemeinen Preisentwicklung von 7,4 Prozent für den genannten Zeitraum. Bei den Reisen schlugen die Veranstalter insbesondere bei Inlandszielen auf mit einem Plus von 14,5 Prozent. Im Ausland legten die Zielregionen Griechenland und Balearen mit je 13,5 Prozent Preissteigerung zu. **Wirtschaft**

Karlsruhe könnte Wahlwiederholung in Berlin ausweiten

KARLSRUHE (rtr) Das Bundesverfassungsgericht hat Zweifel geweckt, dass die Pläne für die Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin ausreichen. Die Richterinnen und Richter am Zweiten Senat machten am Dienstag mit ihren Fragen deutlich, dass sie die Aufklärung der Wahlpannen in Berlin 2021 durch den Bundestag für unzureichend halten. Der Bundestag hatte mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP beschlossen, eine Wahlwiederholung in 431 Berliner Wahlbezirken anzusetzen. Der CDU/CSU-Fraktion reicht dies nicht aus: Sie fordert eine Neuwahl in sechs Berliner Wahlkreisen und zog vor das Verfassungsgericht. Das Urteil ist wohl frühestens in drei Monaten zu erwarten. **Leitartikel, Politik**